



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 17

29.05.2015

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	4
EIN NATIONALPARK WIRD ZUM ENTWICKLUNGSMOTOR EINER REGION	4
EHE FÜR ALLE: ROT-GRÜN PRESCHT VOR – DIE CDU BREMST	5
RECHTSEXTREMISMUS: FOKUS AUF PRÄVENTIONSPROJEKTE	5
KITA-STREIK: VERHANDLUNGSPARTNER SOLLEN AN EINEN TISCH	6
DER MEISTERBRIEF MUSS ERHALTEN BLEIBEN	6
CDU-FRAKTION SCHERT SICH NICHT UM EU-RECHT	7
BERTELSMANN-STIFTUNG BESTÄTIGT UNSERE INTEGRATIONSPOLITIK	8
POLIZISTEN VERDIENEN SCHUTZ – KEINE EINFACHEN "ANTWORTEN"	8
ZAHLEN UND FAKTEN	9



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir blicken nach der heutigen Anhörung zur von mir angeregten Sterbebegleitungsdebatte des Landtages auf eine konzentrierte und gute Parlamentswoche zurück.

Wir haben in der Koalition beschlossen, für unsere Kommunen und die wichtigen Themen der Flüchtlingsunterbringung und der Kinderbetreuung weitere finanzielle Mittel aufzuwenden. ***Unsere Finanzministerin Doris Ahnen*** hat deshalb einen Nachtragshaushalt angekündigt. Damit verfolgen wir mit ***unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** weiterhin entschlossen eine Politik der Stärkung unserer Kommunen:

- Im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen sollen die Mittel um **119 Millionen Euro** aufgestockt werden.
- Der rheinland-pfälzische Anteil an der sogenannten „Flüchtlingsmilliarde“ des Bundes in Höhe von **19 Millionen Euro** wird unmittelbar an die Kommunen weitergeleitet.
- Weitere **zwei mal fünf Millionen Euro** werden die Kommunen automatisch über den kommunalen Finanzausgleich erhalten.
- Auch im Bereich der Kinderbetreuung setzen wir die von ***unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** im Februar dieses Jahres mit den Kommunen getroffene Vereinbarung um: Das Land zahlt zusätzlich **25 Millionen Euro** für den U3-Ausbau und orientiert sich dabei an den seit 2007 gestiegenen Baukosten.
- Im Rahmen des bundesweiten Investitionsprogrammes für finanzschwache Kommunen werden wir zusätzlich zu den vom Bund zugesagten Mitteln in Höhe von **253 Millionen Euro** eigenes Geld aufbringen: Wir wollen, dass das Land einen eigenen Beitrag in Höhe von **31,7 Millionen Euro** leistet, so dass sich das Gesamtinvestitionsvolumen inklusive des Beitrages der Kommunen auf mindestens **316 Millionen Euro** beläuft.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Wichtig ist: Rot-Grün hält den Abbaupfad zur Einhaltung der Schuldenbremse weiterhin ein. Das strukturelle Defizit des Jahres 2015 wird nicht weiter ansteigen. Ermöglicht werden die Finanzhilfen insbesondere durch das niedrige Zinsniveau und die damit einhergehenden Einsparungen des Landes bei den Zinsausgaben.

Es gilt: Wir legen nach – für Kinder, Bildung und Kommunen!

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Ein Nationalpark wird zum Entwicklungsmotor einer Region

Mehr als 20.000 Menschen haben bereits nach der feierlichen Eröffnung des neuen Nationalparks Hunsrück-Hochwald am Pfingstsamstag die Gelegenheit genutzt, den Nationalpark zu erkunden. *„Der neue Nationalpark Hunsrück-Hochwald wird viele Früchte tragen: Flora und Fauna werden sich künftig ohne menschliche Eingriffe entwickeln. Auch Bevölkerung und Wirtschaft werden Nutznießer sein“*, erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** anlässlich der Eröffnung des Nationalparks am vergangenen Wochenende. *„Der Park wird Motor der strukturschwachen Region sein. Er hat schon jetzt an vielen Orten rund um den Nationalpark wirtschaftliche Aktivitäten angestoßen, sei es im Einzelhandel oder dem Tourismus. Die Begründung des Nationalparks stellt damit eine sinnvolle Investition dar.“*

Der Nationalpark ist in einem bundesweit einmaligen Prozess entstanden. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern haben sich Landesregierung und Region auf den Weg gemacht: Mehrere Monate haben Kommunen, Bürger und Interessengruppen die Argumente diskutiert. Die Debatten mündeten in einer überwältigenden Zustimmung. *„Nirgendwo in Deutschland wurde ein Nationalpark so basisdemokratisch geschaffen wie im Hunsrück. Die örtliche Mitbestimmung wird auch bei der nun schrittweisen Weiterentwicklung und Etablierung des Parks großgeschrieben,“* stellte unser örtlicher Abgeordneter **Hans Jürgen Noss** fest.

„Die CDU-Fraktion hat sich in der Debatte völlig isoliert“, ergänzte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**. *„Während die saarländische CDU und die örtliche CDU für den Nationalpark sind, hadern die Christdemokraten im Land noch immer mit dem Projekt. Sie haben nicht verstanden, dass das Projekt zum Entwicklungstreiber der Region heranwächst. Es stehen vielfältige Investitionen an - etwa beim Ausbau von Gastronomie und Übernachtungsmöglichkeiten. Künftige wichtige Aufgaben sind auch der Aufbau der Nationalparkverwaltung und eine verbesserte Verkehrsanbindung.“*

Ehe für Alle: Rot-Grün geht voran – die CDU bremst

Zur dieser Woche bekannt gegebenen Bundesratsinitiative der rot-grünen Landesregierung erklärte **unsere schwulen- und lesbenpolitische Sprecherin Jaqueline Rauschkolb**: „Nach dem Referendum in Irland nimmt die Debatte über gleichgeschlechtliche Ehen auch in Deutschland wieder Tempo auf. Eine bekannt gewordene wichtige Neuerung sind die konkreten Vorschläge von Bundesjustizminister Heiko Maas in diesen Tagen. Fakt ist aber auch: Gleiche Rechte sind nur über die Zulassung der Ehe für homosexuelle Paare zu erreichen. Erst dann sind Schwule und Lesben staatlich völlig gleichberechtigt.“

Die SPD-Fraktion hatte zu dieser Debatte eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Für gleiche Rechte von Schwulen und Lesben - Haltung der Landesregierung zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare“ beantragt. Dabei wurde deutlich: Rot-Grün geht bei dieser Frage voran – die CDU bremst. Jetzt ist es an der Zeit, dass auch die CDU-Landtagsfraktion sich bewegt und die rot-grüne Bundesratsinitiative unterstützt. Es ist gut, dass die vermeidlich erzkonservativen Iren sich so deutlich dafür entschieden haben, auch homosexuellen Paaren die Ehe zu ermöglichen. Offensichtlich nimmt nur noch die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz um Julia Klöckner eine andere Position ein.

Rechtsextremismus: Fokus auf Präventionsprojekte

Anlässlich der Plenardebatte zu unserer Aktuellen Stunde zum Thema „Rechtsextremismus“ erklärte **unser Rechtsextremismus-Sprecher Michael Hüttner**: „Die jüngst erfolgte Aufdeckung des Terrornetzwerks Oldschool Society (OSS) zeigt: Sicherheitsbehörden sind bei der Bekämpfung der Auswüchse rechtsextremen Gedankenguts unverzichtbar.“ Mit Blick auf die rechtsextreme Gruppierung „Der III. Weg“ sagte Hüttner weiter: „Diese Partei schickt sich an, bei der Landtagswahl am 13. März 2016 zu kandidieren. Sie ist durch verschiedene Aktivitäten aufgefallen, etwa durch Stimmungsmache gegen Flüchtlinge in Limburgerhof.“ **Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** hat angemahnt, dass es mit Blick auf ein mögliches Verbotsverfahren an der Zeit sei, gezielt Informationen zum „III. Weg“ zu sammeln.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist neben der reibungslosen Arbeit der Sicherheitsbehörden auch die Stärkung der Prävention von großer Bedeutung: Es gilt, insbesondere junge Menschen von den rechten Rattenfängern fern zu halten und sie durch Information und

Aufklärung immun gegen deren menschenverachtendes Gedankengut zu machen. Denn im Grunde genommen ist es schon zu spät, wenn Sicherheitsbehörden tätig werden müssen. Die SPD-Fraktion wird sich daher dafür einsetzen, dass die Mittel für Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus im kommenden Jahr mindestens verstetigt werden. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe.

In Rheinland-Pfalz sind alle Ressorts mit Präventionsaufgaben im Kampf gegen Extremismus betraut. Dieser übergreifende Ansatz ist richtig. Wichtige Angebote und Aktivitäten, die unterstützt werden, sind der landesweite „Demokratietag Rheinland-Pfalz“, die Arbeit des Netzwerks für Demokratie und Courage und die Hilfen, die betroffene Eltern bei der „Elterninitiative gegen Rechts“ finden können.

Kita-Streik: Verhandlungspartner sollen an einen Tisch

Die **Sprecherinnen für Kita-Politik** der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Bettina Brück** und **Elisabeth Bröskamp**, erklären angesichts des derzeitigen Streiks von Erzieherinnen und Erziehern:

„Für die Eltern ist der Streik eine hohe Belastung. Zu Recht fordern sie, dass er schnell zu Ende geht. Gleichzeitig sind die Beweggründe der Erzieherinnen für einen Streik ohne Frage nachvollziehbar. Um die Situation für alle Seiten zu entschärfen, müssen die Tarifpartner endlich aktiv werden, an den Verhandlungstisch kommen und konkrete Angebote beraten.“

Die CDU missbraucht den Streik der Beschäftigten für unsoziale Forderungen wie die Wiedereinführung von Elternbeiträgen. Diese gehen aber völlig an den Bedürfnissen der derzeit vom Streik betroffenen Eltern vorbei. Daher ist klar: Mit Rot-Grün wird es keine Rolle rückwärts geben. Der Besuch einer Kita muss weiterhin beitragsfrei für alle bleiben, dies gebietet die soziale Gerechtigkeit.

Der Meisterbrief muss erhalten bleiben

Das Handwerk in Rheinland-Pfalz hat sich nicht zuletzt in der Wirtschafts- und Finanzkrise als wichtiger Stabilisator erwiesen. Die Werteorientierung, die starke Binnen- und Regionalmarktorientierung und die Gestaltungskraft machen es unverzichtbar für die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Überdies leistet das Handwerk einen entscheidenden Beitrag für Ausbildung und Beschäftigung im Land. Rund 52 000 Handwerksbetriebe beschäftigen

knapp 261 000 Menschen und erzielen einen Umsatz von rund 25 Milliarden Euro. Die Arbeit der Meisterinnen und Meister, die Ausbildung und das Know-how der Fachkräfte sowie der große Einsatz der Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber garantieren hochwertige Qualitätsarbeit ‚Made in Rheinland-Pfalz‘.

Kritisch gesehen werden müssen deshalb die Bestrebungen der Europäischen Kommission, durch die der Meisterbrief in Frage gestellt wird, wie **unser wirtschaftspolitischer Sprecher Jens Guth** anlässlich unseres an diesem Donnerstag im Landtag debattierten Antrags zum Meisterbrief verdeutlichte: *„Der Meisterbrief ist doch die Grundlage für den Erfolg des Handwerks. Er sorgt für eine hohe Ausbildungsquote, für sichere und qualitativ hochwertige Handwerksprodukte und stabile Arbeitsplätze.“*

Zusammen mit unserem Koalitionspartner von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen wir uns auf Bundes- und Europaebene für das zulassungspflichtige Handwerk und den Erhalt des Meisterbriefs einsetzen. Denn die guten Rahmenbedingungen für das Bildungs- und Ausbildungsniveau im Handwerk müssen erhalten und weiterentwickelt werden – durch die duale Ausbildung und den Meisterbrief.

CDU-Fraktion schert sich nicht um EU-Recht

Es vergeht kaum ein Tag, an dem die CDU-Fraktion nicht mehr Abschiebungen von Flüchtlingen fordert – jedoch offensichtlich ohne Kenntnis der rechtlichen Rahmenbedingungen. *„Die CDU-Fraktion ignoriert, dass der freiwilligen Rückkehr Vorrang vor einer Abschiebung eingeräumt werden muss, wie die Rückführungsrichtlinie der Europäischen Union festlegt. Offensichtlich schert sich die CDU-Fraktion nicht um diese bindende Vorgabe und damit nicht um EU-Recht“*, stellte **unsere integrationspolitische Sprecherin Ingeborg Sahler-Fesel** klar.

Auch in einer Presseerklärung zum AZ-Talk mit Malu Dreyer verdreht die CDU die Fakten. Es wird der Eindruck erweckt, dass ein Großteil der Flüchtlinge, die in Rheinland-Pfalz Asyl beantragen, Rückkehrer sind. Sie hätten also bereits einen Asylantrag beantragt, dieser sei abgelehnt worden, die Menschen seien schließlich ausgereist und dann zurück nach Deutschland gekommen – so die Darstellung der CDU. Fakt aber ist: Im Jahr 2014 stellten insgesamt 10.360 Menschen in Rheinland-Pfalz einen Asylantrag, 8.716 davon waren Erstanträge. Damit sind 84 Prozent aller Asylanträge in Rheinland-Pfalz Erstanträge.

Bertelsmann-Stiftung bestätigt unsere Integrationspolitik

Die SPD-Fraktion sieht sich in ihrer Flüchtlingspolitik durch die gerade veröffentlichte Studie der Bertelsmann Stiftung zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland bestätigt. Die Stiftung empfiehlt neben der deutlichen Beschleunigung der Asylverfahren unter anderem die Erhebung der Berufs- und Bildungsabschlüsse der Flüchtlinge sowie eine umfassende Beratung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie das Angebot von Sprachkursen.

Rheinland-Pfalz ist eines der wenigen Bundesländer, die Sprach- und Orientierungskurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber anbieten und diese selbst finanzieren. Damit haben wir bereits im vergangenen Jahr auf die Weigerung des Bundes reagiert, Integrationskurse auch für Asylsuchende zu öffnen. Außerdem startet im Juni das bundesweit einmalige Projekt zur Kompetenzerfassung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, mit dem wir die möglichst schnelle Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt unterstützen wollen. Unser Weg ist richtig – das bestätigt uns jetzt auch die Bertelsmann Stiftung.

Polizisten verdienen Schutz – keine einfachen "Antworten"

Als „besorgniserregend“ hat **unser polizeipolitischer Sprecher Wolfgang Schwarz** in dieser Woche die seit Jahren steigende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten bezeichnet. *„Gerade im alltäglichen Dienst schlägt Polizistinnen und Polizisten immer häufiger Respektlosigkeit oder gar Gewalt entgegen. Große Sorgen machen auch Taten bei Großeinsätzen wie der Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Eine solche Entwicklung ist gesellschaftlich nicht tragbar.“* Problematisch sieht **Schwarz** auch die Häufung von Meldungen zu ähnlichen Vorfällen gegen Sanitäter, Feuerwehrkräfte und ehrenamtliche, kommunale Mandatsträger (etwa in Tröglitz). Als Schnellschuss bezeichnete **Schwarz** den CDU-Vorschlag, einen neuen Straftatbestand für Taten gegen Polizisten einzuführen: *„Es ist viel zu kurz gegriffen, das Problem ausschließlich mit einer reinen Strafschärfung lösen zu wollen. Es geht vielmehr um eine komplexe gesellschaftliche Entwicklung,“* so **Schwarz**.

ZAHLEN UND FAKTEN

MEILENSTEINE DER FLÜCHTLINGS- UND EINWANDERUNGSPOLITIK DER FRAKTIONEN VON SPD UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND DER ROT-GRÜNEN LANDESREGIERUNG

13. JANUAR

Das rot-grüne Kabinett beschließt einen Maßnahmenkatalog: Es wird unter anderem das Budget für Beratungshilfen für Flüchtlinge verdoppelt und die psychotherapeutische Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen ausgebaut. Kommunen wird angeboten, Liegenschaften des Landes für die Flüchtlingsunterbringung mietfrei zu nutzen.

29. JANUAR

SPD-Landtagsabgeordnete organisieren in den folgenden Wochen regionale Flüchtlingskonferenzen. In den breiten Bündnissen werden die Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen besser koordiniert, Ehrenamtliche unterstützt und zentrale Ansprechpartner zu Flüchtlingsfragen etabliert.

24. FEBRUAR

Ministerpräsidentin Malu Dreyer ruft den „Pakt für Rheinland-Pfalz“ zum Thema Flüchtlinge zusammen. Dabei sind Vertreter der Landesregierung, von Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und andere Organisationen. Es wird bekannt: Rheinland-Pfalz hat durchgesetzt, dass für Asylsuchende aus dem Kosovo ein beschleunigtes Verfahren angewandt werden kann.

6. MÄRZ

Die rot-grüne Landesregierung bringt einen Antrag mit zwölf Eckpunkten für ein deutsches Einwanderungsgesetz in den Bundesrat ein. Ziel ist es, Deutschland attraktiver für qualifizierte Fachkräfte von außerhalb Europas zu machen.

30. MÄRZ

Der Weg für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung in Kusel wird frei: Das Land sowie der dortige Landkreis, die Verbandsgemeinde und die Stadt Kusel beschließen, dass die ehemalige Unteroffizier-Krüger-Kaserne in Kusel Standort für eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende werden soll.

14. APRIL

Das Kabinett beschließt, dass öffentliche Aufträge zur Ertüchtigung oder Erneuerung von Flüchtlingsunterkünften leichter erteilt werden können. Der Schritt ist eine praktische Hilfe. Die Städte und Gemeinden können schneller und unbürokratischer Flüchtlingsunterkünfte renovieren, herrichten oder in Schuss bringen lassen.

5. MAI

Nach Verhandlungen mit der rot-grünen Landesregierung votieren der Stadtrat von Hermeskeil und der Kreis Trier-Saarburg für eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in dem Ort. 750 zusätzliche Plätze ab Herbst werden geschaffen.

8. MAI

Nach Forderungen von SPD-Politikern lädt Bundeskanzlerin Angela Merkel Ministerpräsidentin Malu Dreyer und andere Landeschefs zum Flüchtlingsgipfel ins Kanzleramt ein. Ein Ergebnis: Das Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird massiv aufgestockt. Dadurch können Asylanträge schneller als bisher bearbeitet werden. Das entlastet die rheinland-pfälzischen Kommunen.

21. MAI

Der „Pakt für Rheinland-Pfalz“ tagt zum Thema Flüchtlinge zum zweiten Mal. Konkrete Ergebnisse sind, dass weitere Zentren für die psycho-soziale Betreuung traumatisierter Flüchtlinge in Mainz und Ludwigshafen geschaffen werden und unter Federführung des Landesarbeitsministeriums im Juni ein Projekt zur Erhebung von Schul- und Bildungsabschlüssen in den Erstaufnahmeeinrichtungen startet.

27. MAI

Die rot-grüne Landesregierung plant einen Nachtragshaushalt. Die Landesmittel für die Unterbringung von Flüchtlingen sollen allein in diesem Jahr um 119 Millionen Euro erhöht werden.